[illegible]

Die österreichischen Scheidemänner

Wie in Rußland und in Deutschland ist auch der Revolution [illegible] der Sozialdemokratie [illegible] Macht. Die Mehrheitssozialisten haben [illegible] Regierung nicht gewagt. Es waren [illegible] die Sozialdemokraten [illegible] Ungarn und Bayern. Allerdings haben wir Abrüstung [illegible] unseren Reihen Gefälle tragen sollte, diese Erfahrungen noch einmal zu wiederholen.

Es ist der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer, der diese goldenen Worte auf dem Parteitag der deutsch-böhmischen, österreichischen Sozialdemokratie zum besten gegeben hat. Weil die Bürgerlichen nicht imstande waren, allein zu regieren, waren sie gezwungen, die Sozialdemokraten mit in die Regierung aufzunehmen. Die Sozialdemokraten hätten [illegible] Macht ergreifen können, wie es in Rußland, Ungarn und Bayern. Allerdings haben wir Abrüstung [illegible] unseren Reihen Gefälle tragen sollte, diese Erfahrungen noch einmal zu wiederholen.

Es ist der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer, der diese goldenen Worte auf dem Parteitag der deutsch-böhmischen, österreichischen Sozialdemokratie zum besten gegeben hat. Weil die Bürgerlichen nicht imstande waren, allein zu regieren, waren sie gezwungen, die Sozialdemokraten mit in die Regierung aufzunehmen. Die Sozialdemokraten hätten [illegible] Macht ergreifen können, wie es in Rußland, Ungarn und Bayern. Allerdings haben wir Abrüstung [illegible] unseren Reihen Gefälle tragen sollte, diese Erfahrungen noch einmal zu wiederholen.

Es ist der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer, der diese goldenen Worte auf dem Parteitag der deutsch-böhmischen, österreichischen Sozialdemokratie zum besten gegeben hat. Weil die Bürgerlichen nicht imstande waren, allein zu regieren, waren sie gezwungen, die Sozialdemokraten mit in die Regierung aufzunehmen. Die Sozialdemokraten hätten [illegible] Macht ergreifen können, wie es in Rußland, Ungarn und Bayern. Allerdings haben wir Abrüstung [illegible] unseren Reihen Gefälle tragen sollte, diese Erfahrungen noch einmal zu wiederholen.

Es ist der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer, der diese goldenen Worte auf dem Parteitag der deutsch-böhmischen, österreichischen Sozialdemokratie zum besten gegeben hat. Weil die Bürgerlichen nicht imstande waren, allein zu regieren, waren sie gezwungen, die Sozialdemokraten mit in die Regierung aufzunehmen. Die Sozialdemokraten hätten [illegible] Macht ergreifen können, wie es in Rußland, Ungarn und Bayern. Allerdings haben wir Abrüstung [illegible] unseren Reihen Gefälle tragen sollte, diese Erfahrungen noch einmal zu wiederholen.

Es ist der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer, der diese goldenen Worte auf dem Parteitag der deutsch-böhmischen, österreichischen Sozialdemokratie zum besten gegeben hat. Weil die Bürgerlichen nicht imstande waren, allein zu regieren, waren sie gezwungen, die Sozialdemokraten mit in die Regierung aufzunehmen. Die Sozialdemokraten hätten [illegible] Macht ergreifen können, wie es in Rußland, Ungarn und Bayern. Allerdings haben wir Abrüstung [illegible] unseren Reihen Gefälle tragen sollte, diese Erfahrungen noch einmal zu wiederholen.

Aus der Partei

Klärung in Ostsachsen

Uns wird mitgeteilt:

In einer am 4. 11. in Dresden stattgefundenen Mitgliederversammlung erfolgte die von den Rätte-Jüngern schon längst vorbereitete „reinliche Scheidung", nachdem man die Kasse usw. vorher auf „alle Fälle" gesichert hatte. Ein Vertreter der Berliner Organisation referierte zu Punkt 1 über die Aufgaben der Partei in der Revolution, wobei er betonte, daß angesichts der Bankrott-Politik der U. S. P. D. und des Spartakusbundes, wie sie in Deutschland und Österreich [illegible] gelang, daß das Proletariat mit Schlagworten [illegible] der Produktion und Sozialisierung [illegible] Schlagworte [illegible] Weg gehen, unsere Partei die historische Aufgabe an der Revolution habe, klar und deutlich die Richtlinie anzugeben, die die Sozialdemokratie beschritten auch haben wir im Kampfe schon die Betriebsratsinstitutionen schaffen, die im eroberten Rußland den kommunistischen Aufbau vornehmen, und wir zu verhüten, daß in einem Moment der akuten Krise die Gewerkschaften die Arbeiterschaft abermals verraten. Eine Partei, die sich hindurchgearbeitet hat durch die ganze kapitalistische Geisteswelt und im erbittertsten Kampfe steht mit dem Kapitalismus und allen staatserhaltenden und opportunistischen Parteien und Gewerkschaften, und die von Arbeitern geschaffen ist, die die Brücken schon hinter sich abgebrochen haben, muß in sich geschlossen sein und wird jene Organisationsform haben müssen, die dem Kampf nicht hinderlich ist. Sie kann nur zentralistisch aufgebaut sein bei vollem Mitbestimmungsrecht der Mitglieder. Auch verurteilte der Referent die antibolschewistische Propaganda im „Kommunist" und betonte, daß unser Kampf im Kampf um Anerkennung unseres Programms in der 3. Internationale sein muß und nicht gegen die 3. Internationale geführt werden kann aus Mißtrauen und Dittmann. Zum Schluß forderte der Referent auf, dem parteizerstörenden Treiben Einhalt zu gebieten und sich der historischen Aufgaben bewußt zu sein.

In der Diskussion traten einige Redner für die Einheitsgewerkschaften ein. Die übrigen Genossen meinten, die Zeit der Parteien wäre vorbei, weil die Zeit des kapitalistischen Parlaments auch vorbei sei. Propaganda wäre nicht nötig, daß die Revolution ausbrächte, dafür sorgten die wirtschaftlichen Verhältnisse, für Kommunisten gänge der Weg zur 3. Internationale durch die Tat. Das übrige war eine wüste Schimpfkanonade auf die Bonzen und unsere Genossen, die den Unsinn nicht mitmachen wollen. In seiner Programmstimmung lief ein Antrag ein, daß die Opposition auszuschließen sei.

Sofort setzte eine zukunftige Ernüchterung der Rabauken ein. Die versuchten, mit allen Mitteln eine Vertagung herbeizuführen. Doch die aufgeregten Geister waren nicht mehr zu bannen, man verlangte stürmisch die Abstimmung. Resultat: die schlecht besuchte Versammlung entschied bei großer Stimmenenthaltung, daß diejenigen, die auf dem Boden der Gesamtpartei stehen, auszuschließen sind. Charakteristisch war, daß man unseren Genossen nachher die größten Vorwürfe machte, daß sie nicht dazu beigetragen hätten, die Abstimmung zu verhindern.

Der Reichswirtschaftsrat der Allgemeinen Arbeiter-Union

Der im Reichswirtschaftsrat zusammengefaßte erweiterte Hauptausschuß der Allgemeinen Arbeiter-Union (je ein Delegierter jedes Wirtschaftsbezirks) hatte am 24./25. eine Tagung in Braunschweig. Es ergab sich Einmütigkeit über die Stellung zur Dritten Internationale. Unter Ablehnung der in den Moskauer Thesen vertretenen Anschauung — die Gewerkschaften von innen heraus zu revolutionieren usw. — will man den Unionsmitgliedern den Anschluß als sympathisierende Organisation empfehlen. —

In der Frage grundlegender Leitsätze für die Union entschied man sich für Unterbreitung dreier Vorschläge an die Mitgliedschaften, entgegend von Berlin, Westdeutschland und Braunschweig. Der Braunschweiger Vorschlag — ein Versuch, die Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands auf die Prinzipienerklärung der 3. W. A. von 1905 festzulegen — erscheint und absolut indiskutabel. Er läßt die Gesamtentwicklungen der russischen, der deutschen, der ungarischen Revolution außer Acht und ist außerdem vollkommen opportunistisch. — Wir hoffen, daß er abgelehnt wird. Wir wissen, daß auch der Union noch mancherlei Kämpfe bevorstehen und halten es für ihre dringendste Pflicht, sich all und jedes Opportunistischen zu entledigen. Gerade ihre spezielle Aufgabe, die parteiähnliche Entwicklung des Proletariats zu stören, als wirklich proletarische Partei, soll in dieser Phase die historischen Aufgaben. Die Reichskonferenz der Union, die in etwa drei bis vier Wochen stattfindet, muß sich vorsehen, daß ein klares, grundsätzliches Programm die einzige Gewähr bietet, durch alle Wirrnisse hindurch die Einigung des Proletariats als eine geschichte herbeizuführen. —

Der Beschluß der politischen Arbeiterräte

Die Vollversammlung der politischen Arbeiterräte Groß-Berlins hat mit überwältigender Majorität folgenden Beschluß gefaßt:

In allen uns angeschlossenen Betrieben ist als Ausdruck der Solidarität mit den Ausgesperrten und den im Kampf stehenden proletarischen Brüdern der sofortige Generalstreik zu proklamieren. Die Betriebe sind sofort stillzulegen, bis die Ertringung der politischen Macht, die Uebernahme der Produktion und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats erreicht ist.

Zeitungsausgabestellen:

Berlin N., Danziger Straße 71, Lokal Klug.
„ N., Bornholmer Straße 86, Zigarrengeschäft Jendretzky.
„ N., Gethsemanestr. 5, W. Böller, Laufg. p. e.
„ NO., Palisadenstraße 22, vorn 3 Tr., Höppert.
„ NO., Hufelandstraße 32 bei Paris, Lokal.
„ O., Weberstraße 6, Fr. Voß.
„ S., Schönleinstraße 24, Milchgeschäft.
„ SO., Skalitzer Straße 59c, Lokal Stahl.
„ SO., Wiener Straße 12, Laden.
„ SO., Puttkamerstraße 11, Lorich.
„ SW., Wilhelmstraße 28 (von 2 bis 6 Uhr; außer Montags).

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin.
Druck und Verlag: Verlag der K.A.P.D., Berlin.

Sonntag vorm. 8½ Uhr

Forster Straße 36:

Sitzung der Zeitungsobleute

Erscheinen sämtlicher Zeitungsobleute der Bezirke und Betriebe dringend notwendig.

Der Obmann.

Soeben erschien:

Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx.
Mit Genehmigung des Verfassers aus dem Englischen übersetzt von Julian Borchardt.
Mit Hempel und Gerstäcker bei vollständigem Capitalismus in Marx' eigenen Worten die jedermann lesbar gemacht.
Zur ihn unveränderte Auflage.
In weniger als drei Monaten ist die erste Auflage von 4000 Exemplaren glatt endverkauft worden.
224 Seiten Preis 10,— Mk.
Verlag der „Lichtstrahlen", Berlin-Lichterfelde, Hennig-Straße 1 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Neue Schriften:

Russische Korrespondenz Nr. 12/13	2,50 M.
Die Wirtschaft in Sowjet-Rußland und Westeuropa. 2. Auflage	8,— „
Das ABC des Kommunismus. Von Bucharin und Preobraschensky	4,— „
Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen. Von H. Brandler	4,— „
Kerrentismus und Kommunismus (Anti-Kautsky). Von Trotzki	6,— „
Die Kommunistische Internationale Nr. 6	5,— „
Die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Von Sinowjew	2,20 „
Die Gewerkschaften in Sowjet-Rußland. Von Lozovski	2,— „
Die russischen Gewerkschaften. Von Schlapnikow	0,50 „
Programm des sozialistischen Wirtschafts-Aufbaues Von L. Radek	0,50 „
„Rote Jugend"	0,90 „
Proletarier Nr. 1	1,50 „
„ „ 8	1,50 „
Die Beschlüsse des IX. Kongresses der Kommunistischen Partei Rußlands	1,— M.
Churchill als Berschwörer	0,50 „
Was ist proletarische Dichtung? Von A. Bogdanow	0,60 „
Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht. Von N. Lenin	1,— „
Die Arbeiterklasse und ihre Sowjetpolitik. Von L. Trotzki	1,— „
Die Tätigkeit des allrussischen Metallarbeiter-Verbandes 1917—19	0,50 „
Die Kommunistische Internationale Nr. 7/8	6,— „
Das Kapital Von K. Marx Gemeinverständl. Ausgabe von Julian Borchardt	15,— „
Weltrevolution und kommunistische Taktik. Von Anton Pannekoek	2,— „
Programm der K. A. P. D.	0,60 „
„Sowjet", Kommunistische Monatsschrift Nr. 1	3,— „
„ „ „ 2	3,— „
Offener Brief an den Genossen Lenin. Von Herm. Gorter	4,— „

Zu beziehen durch:

Verlag der K. A. P. D., Berlin SW. 48, Wilhelm-Strasse 28 v. IV

Soeben erschienen:

H. Gorter

Offener Brief an den Gen. Lenin

(Eine Abrechnung mit Lenins Buch: „Der Radikalismus, eine Kindkrankheit...")

Preis 4 Mk. 92 Seiten.

10 Exemplare 30 Mk.

Soeben erschienen:

„PROLETARIER"

Monatsschrift für Kommunismus

Heft 2. Preis 1,50 M.

Nr. 146 Preis 30 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint mehrmal wöchentlich. — Preis in Berlin 30 Pfg. pro Exemplar. — Zu beziehen durch die Berlin-Expedition der Partei und die Zeitungsträger. — Postscheckkonto Berlin NW. 7 Nr. 6022.

Redaktion u. Expedition Berlin SW 48, Wilhelmstr. 28 IV. Geöffnet täglich außer Montags von 2—6 Uhr nachmittags.

Versand nach auswärts: Monat vorschuß 4,40 Mk., ab Paket 2,— Mk. monatlich; nach dem Ausland unter Kreuzband 4,50 Mk., als Paket 11,— Mk. monatlich.

Verfassungsbruch des Reichspräsidenten!

Von Rechtsanwalt Hegewisch in Celle

Dem Beispiele seiner militärischen Lehrmeister folgend, hat der Reichspräsident unter Hinweis auf das ihm im Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung gewährte Recht zur Verhängung des Reichsausnahme-Zustandes durch Verordnung vom 10. d. Mts. für eine Reihe von sogenannten lebenswichtigen Betrieben Beschränkungen des Streikrechts verfügt. Denn es heißt im ersten Absatz des § 1 der angeführten Verordnung:

„In Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Aussperrungen und Arbeitsniederlegung (Streiks) erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedsspruches mindestens 3 Tage vergangen sind."

In dem darauf folgenden Absatz der Verordnung wird diese Bestimmung noch durch folgende Strafandrohung verschärft:

„Wer zu einer nach Absatz 1 unzulässigen Aussperrung oder Arbeitsniederlegung auffordert, oder zur Durchführung eines solchen Streiks an Maßnahmen oder Einrichtungen Handlungen unternimmt, durch die der ordnungsmäßige Fortgang des Werks unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft."

Das Recht zum Streik und das darinliegende, von der Rechtsprechung des Reichsgerichts anerkannte Recht der Aufforderung zum Streik (Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Band 34 Seite 126) war ohne die in der jetzigen Verordnung des Reichspräsidenten enthaltenen Beschränkungen bereits vor der November-Revolution durch § 152 der Reichsgewerbeordnung gesetzlich festgelegt. Durch den Erlaß der Vollsbeauftragten vom 12. November 1918 wurde dieses Koalitions- und Streikrecht, welches bisher nur für gewerbliche Arbeiter galt, auch auf Beamte und Staatsarbeiter ausgedehnt. Jetzt ist dieses Koalitions- und Streikrecht in der Weimarer Reichsverfassung durch Artikel 159, welcher sich in dem zweiten Hauptteil der Verfassung „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen" befindet, zum verfassungsmäßigen „Grundrecht" erhoben. Denn der Artikel 159 der Weimarer Verfassung bestimmt ausdrücklich:

„Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig."

Die angeführten Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten sind unzweifelhaft Maßnahmen, welche die in Artikel 159 der Verfassung gewährleistete Koalitions- und Streikfreiheit einzuschränken und zu behindern suchen; sie sind daher nach der klipp und klaren Bestimmung der Reichsverfassung rechtswidrig, es sei denn, daß das noch zu erörternde Recht des Reichsausnahmezustandes auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten ausnahmsweise solche Maßnahme gestattet.

Die Strafandrohung, welche die Verordnung des Reichspräsidenten enthält, verstößt außerdem noch gegen eine weitere Bestimmung der Verfassung, nämlich gegen den Artikel 116. Dort heißt es:

„Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde."

In einem Gesetze findet sich die Strafandrohung nicht, sondern nur in einer Verordnung des Reichspräsidenten. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist also auch aus diesem Gesichtspunkte heraus verfassungswidrig, es sei denn, daß das Recht des Reichsausnahmezustandes dem Reichspräsidenten ausnahmsweise eine solche Strafandrohung frei gibt.

Das Recht zur Verhängung der Maßnahmen des Reichsausnahmezustandes (Belagerungszustand), welches in Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten zuerkannt ist, gibt ihm nicht die Befugnis zu diesen Verstößen gegen die Artikel 159 und 116 der Reichsverfassung. Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung stellt dies außer allen Zweifel. Denn er bestimmt folgendes:

„Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgestellten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen."

Dem Wortlaute der preußischen Verfassung folgend (Artikel 111 der preußischen Verfassung) hat also auch die Weimarer Verfassung diejenigen Grundrechte, die der Reichspräsident im Falle des Reichsausnahmezustandes vorübergehend außer Kraft setzen darf, einzeln aufgeführt. Demnach darf der Reichspräsident andere Grundrechte der Verfassung auch im Fall des Reichsausnahmezustandes nicht außer Kraft setzen. Dies ist selbstverständlich, denn sonst hätte ja die einzelne Aufführung einzelner Grundrechte, deren Aufhebung dem Reichspräsidenten gestattet wird, überhaupt keinen Zweck. Auch der angesehendste Kommentar zur Reichsverfassung, nämlich der von Professor Giese, 2. Auflage, Berlin 1920, setzt in Anmerkung 22 zu Artikel 48 der Reichsverfassung als selbstverständlich hervor, daß die Suspension anderer grundrechtlicher Bestimmungen als der in Artikel 48 der Reichsverfassung angeführten, unzulässig ist.

Unter den Artikeln der Reichsverfassung, deren Aufhebung dem Reichspräsidenten gestattet ist, befinden sich, wie der Augenschein lehrt, nicht die oben erörterten Verfassungsartikel 159 und 116, gegen welche die Verordnung des Reichspräsidenten verstößt und welche sich in dem Abschnitt der Verfassung: „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen" enthaltenen Artikel 159 und 116 der Reichsverfassung, gegen welche die Verordnung des Reichspräsidenten verstößt, nicht aufgeführt. Der Verfassungsbruch des Reichspräsidenten, der mit der Verordnung vom 10. November begangen ist, liegt demnach so klar, wie selten ein Verfassungsbruch liegen kann. Kann man annehmen, daß der Reichspräsident die von ihm beschworene Verfassung wirklich nicht kennen sollte oder sie nicht lesen kann? Eine solche Annahme, die denn doch zu beleidigend wäre, muß abgelehnt werden.

Nach Absatz 3 des Artikel 48 der Verfassung hat der Reichspräsident alle Maßnahmen, die er auf Grund des vorstehend erörterten Absatzes 2 des Artikel 48 erläßt, dem Reichstag anzuzeigen, und sie auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen. Offenbar im Hinblick auf diese Bestimmung erklärt die Berliner Gewerkschafts-Kommission, daß es Sache der sozialistischen Parteien sei, von der Regierung die sofortige Aufhebung der Verordnung zu verlangen. Es mag kein Schade sein, wenn auf Veranlassung der Arbeiter-Parteien der Reichstag ein solches Verlangen an den Reichspräsidenten stellt. Die Rechtslage hinsichtlich der Anti-Streikverordnung des Reichspräsidenten wird aber in keiner Weise davon berührt, ob der Reichstag ihre Aufhebung verlangt oder nicht. Die Verordnung bleibt auch dann verfassungswidrig, und daher rechtsungültig, wenn der Reichstag die Aufhebung der Verordnung nicht verlangt oder sogar einen dahingehenden Antrag ablehnt. Ob eine Verordnung des Reichspräsidenten verfassungswidrig und daher rechtsungültig ist, haben die Gerichte selbständig zu prüfen, wenn von ihnen eine Beurteilung auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten verlangt wird, wie bereits der Strafsenat des Kammergerichts am 9. März 1920 entschieden hat. Der Reichstag hat durch Absatz 3 des Artikel 48 der Reichsverfassung nur ein Recht auf Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten, einerlei, ob sie verfassungsmäßig sind oder nicht, erhalten. Hält der Reichstag es nicht für zweckmäßig, dieses Recht im Einzelfall auszuüben, so folgt daraus für die Rechtsgültigkeit einer Verordnung des Reichspräsidenten gar nichts.

Im vorliegenden Falle liegt die Rechtslage so klar, daß jedes Gericht die Verfassungswidrigkeit und Rechtsungültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November feststellen muß, da jedes Kind, wenn es die Verfassung lesen kann, die Verfassungswidrigkeit der Verordnung erkennen kann. Auf Grund der Anti-Streikverordnung des Reichspräsidenten kann also niemand, der diese Verordnung nicht beachtet, verurteilt werden. Selbst irgendeinem untergeordneten Gerichte dürfte es schwer fallen, im vorliegenden Falle den Rubrumsblättern der deutschen revolutionären Justiz noch ein weiteres zuzufügen.

Wie die Reichsregierung verlauten läßt, will sie die Anti-Streikverordnung des Reichspräsidenten durch gesetzliche Bestimmungen, die der Reichstag beschließen soll, in allernächster Zeit ersetzen lassen. Bei dieser Ankündigung dürfte der Wunsch der Vater eines Gedankens, der nicht so leicht ausgeführt werden kann, sein. Durch ein einfaches Reichsgesetz kann nämlich der Reichstag solche Bestimmungen auch nicht erlassen. Vielmehr wäre mit Rücksicht darauf, daß durch ein solches Reichsgesetz die in der Verfassung garantierten Grundrechte verletzt würden, erforderlich, daß bei der für Verfassungsänderungen in Artikel 76 der Verfassung vorgeschriebene Weg eingehalten wird. Nach Artikel 76 der Reichsverfassung kommt aber ein Gesetz, welches die Verfassung abändert, nur dann zustande, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Reichstages bei der Beschlußfassung anwesend sind und wenn ferner zwei Drittel der Anwesenden dem Gesetz zustimmen. Bei der bekannten Stellung, welche die Arbeiterschaft in allen Lagern gegenüber grundsätzlichen und dauernden Beschränkungen der Koalitions- und Streikfreiheit einnimmt, dürfte es der Regierung schwer fallen, die notwendige Zweidrittelmehrheit zu einer solchen Verfassungsänderung zu finden; sie würde einen nicht unerheblichen Teil von Abgeordneten der Arbeiterparteien für eine solche Verfassungsänderung gewinnen müssen. Die Trauben sind zu hoch, so hilft man sich mit verfassungswidrigen Verordnungen des Reichsausnahmezustandes, die wenigstens den Erfolg haben, als Schreckschüsse zu wirken.

Politische Rundschau

Die Sowjet-Türkei

Nach einer Reutermeldung aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung in Angora [illegible] angenommen und [illegible] Kemal zum Sultan ausgerufen.

Was wir hier vor uns haben, ist gewiß nichts anderes als reinster Nationalbolschewismus. Die Nationalversammlung in Angora war bisher die Zusammenfassung der nationalistischen türkischen Türken, die sie für den Widerstand des westlichen Kapitalismus nicht annehmen wollen. Wie die gesamte [illegible] Kemalistischen Kongreßes insoweit zutreffen, als sie in den nationalen Erhebungen politisch rückständiger Völker gegen die Herrschaft jener kapitalistischen Staatsgebilde, die das Proletariat sehen, begrüßen wir diesen offenen Anschluß der kleinasiatischen Türken an den Sowjetgedanken.

Vor einer eigentlichen Bündnis mit Sowjetrußland ist noch nicht die Rede. Aber die starken Fäden, die seit langem von Moskau aus nach dem gesamten Orient gezogen werden, lassen daraus schließen, daß hier eine Bundesgenossenschaft vorliegt. Nun noch gewisse Wirkungen abwarten müssen, die man erkennen kann, ob und inwieweit nun auch für die innere Verwaltung des national-türkischen Gebiets das Sowjetsystem ehrlich angenommen worden ist.

Da der [illegible] eine Revolution in der Bestimmung des nationalen Befreiungskampfes sich abspielt, wird etwas heraufbeschwörend bedeutsam, möglicherweise handelt es sich aber auch nur um ein Konzessionsmanöver der Großgrundbesitzer und Händlinge, um die Bauern und Plantagenarbeiter in den Kampf gegen das drohende Bolschewistentum hineinzuziehen.

Wie dem auch sei: dem russischen Proletariat ist eine nicht zu unterschätzende militärische und politische Hilfe erwachsen, die seine Stellung entlastet und den Sieg über Wrangel sichern kann.

Die gelbe Internationale wittert Morgenluft

Das internationale Lakaientum der Kapitale, die Gewerkschaftsführer aller Länder, haben ängstlich der auf die Dauer unhaltbaren politischen Spannung der Zentralmächte, die, zwischen 2. und 3. Internationale schwebend, ein Ende, [illegible] Handwerkzeug, Dumdumkugel und Weltkriegsfackel [illegible] sind, einen Aufruf herausgeworfen, den man als das Pronunciamento der Lüge, Heuchelei, Demagogie und [illegible] Klassenverrates bezeichnen kann. Dieses Nest ist schamlos genug, seinen Verrat am Marxismus durch Berufung auf Marx und Engels verschleiern zu wollen. Über den schwarzen Tag der 2. Internationale, den 4. August 1914, gleitet die Bestie [illegible] mit dem blutigen Gegen [illegible] gegen die proletarische Revolution über [illegible] Bluthelfer Noskes, die mehr als vier Jahre [illegible] Kapitals gewütet unterblieb, es ist [illegible] haben, dieselben Politikerhyänen, die den imperialistischen Krieg und seine [illegible] Folgen [illegible] bis heute das revolutionäre Proletariat und jetzt zu beschimpfen:

> **Die Internationale ist nicht tot,**
> [illegible]
> **Der Sozialismus ist der Feind**
> **der Bolschewismus ist Gewalt und Krieg.**
> [illegible]
> **Sprengung der Gewerkschaftseinheit,**
> [illegible]
> Sie führen die Arbeiter aus der Reihe [illegible]

Soviel Worte, soviel Lügen und Verleumdungen. Bolschewismus ist Gewalt und Krieg", kreischt das Gesindel und weiß ganz genau, daß die proletarische Revolution allerdings im Gegensatz zu Sozialdemokraten und Sozialpazifisten Gewalt anwendet gegen den Kapitalismus und seine Helfershelfer im Interesse des Weltproletariats. Krieg führt Sowjet-Rußland, weil er ihr [illegible] Jahren aufgezwungen wird vom Weltkapital, dessen wankende Existenz nur noch durch das sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Handlangertum aller Länder [illegible] wurde. Auf die [illegible] Arbeiterklasse eingesetzte Hoffnung [illegible] Arbeiter weiß, daß die Anklage der gelben Internationalen gegen die proletarische Revolution nichts ist als das vergebliche Bestreben, die eigenen Verbrechen durch Verleumdung der russischen Brüder zu verdecken. Die ver-

[illegible]

Der revolutionäre Spartakus nach der Aktion

Jedesmal, wenn einer revolutionären Aktion durch den Verrat der Instanzen, unter denen Spartakus heute mit den ersten Platz einnimmt, mit Erfolg das Genick umgedreht worden ist, marschieren die großen Theoretiker der „roten Fahne" der Reihe nach auf und erzählen der aufhorchenden Welt, daß auch diese revolutionäre Situation nicht zur Auswirkung kommen konnte, weil die im Vordertreffen des Kampfes stehende Gruppe von Proletariern von der Gesamtheit des Proletariats im Stiche gelassen worden wäre. Diese auf Massenbetrug schlimmster Art berechnete Methode hat natürlich nur den einen Zweck, der Arbeiterschaft die Illusion beizubringen, daß Spartakus es trotz größter revolutionärer Energie dennoch nicht vermocht habe, den Stein ins Rollen zu bringen. Diese Leute wollen damit den Glauben erwecken, daß ihre Parolen, die sie nicht ausgeben, leider nicht auf günstigen Boden gefallen seien, während gerade umgekehrt ihre Parolen immer so geartet sind, daß sie einen unzweifelhaft günstigen Boden mit unfehlbarer Sicherheit in das Gegenteil verwandeln müssen. Jeder weiß, daß Spartakus unsere einzig richtige Losung: Generalstreik mit der Gegenparole: Hinein in die Betriebe beantwortet hat. Der Beweis dafür ist jedesmal angetreten worden. Jetzt, nachdem durch die von Spartakus und Neuköllnunternehmern verhinderte Solidarität der Gesamtarbeiterschaft die Abwürgung des Elektriker-Streiks vollzogene Tatsache ist, verleiht sich die „Rote Fahne" zu folgender Schamlosigkeit:

> **Jede Arbeitergruppe, die in ihrem Kampfe sicht vom Gesamtproletariat unterstützt wird, muß unterliegen. Das Niederlage eines Teils der Proletarier [illegible] Demonstration zum Verfall der Revolutionäre [illegible]. Jede Passivität der Revolutionäre [illegible] folgerichtiger um in der Aktivität der Massen.**

Daß jede Arbeitergruppe, die in ihrem Kampfe nicht vom Gesamtproletariat unterstützt wird, unterliegen muß, ist klar. Fest steht aber, daß Brandler vom Spartakusbund die Parole des Generalstreiks als Verrechen zu sabotieren wagte, was denselben Brandler nicht gehindert hat, einige Tage später, in der Volksgesamtheit der Demokratie am letzten Sonntag, das unselbständige Verhalten des Berliner Proletariats als Ursache des mißlungenen Streiks zu erklären. Ueber diese berufsmäßigen Lügner und Volksbetrüger sich zu entrüsten, ist inadäquat [illegible] wert. Wir konstatieren nur Tatsachen, Schlußfolgerungen zu ziehen, erübrigt sich, weil die Tatsachen [illegible] Schlußfolgerungen an der Revolution vorliegt und nicht konstruiert werden kann. Nach diesem neuen Beweis der Spartakus-Leute wird wohl auch der letzte in unseren Reihen, der den lockenden Tönen der Einigungsmeier zu lauschen gewillt sein mochte, endgültig einsehen müssen, daß [illegible] Weg nur [illegible] führt.

Der Zynismus der Herren von Borsig

Wir waren uns keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß die Aussperrung bei Borsig nicht durch den Konflikt mit der Arbeiterschaft verursacht wurde, sondern bei Borsig eben dieser Konflikt vom Zaune gebrochen hat, weil es einen Vorwand für die Aussperrung benötigte. Eine treffliche Bestätigung für die Richtigkeit unserer Auffassung findet wir im letzten Heft der „Weltbühne", wo man die nachstehenden, sehr interessanten, den heuchlerischen Zynismus des kapitalistischen Unternehmertums beleuchtenden Eingeständnisse erfährt.

Die „Weltbühne" berichtet:

> Haben nicht eben die Gesellschafter A. Borsig entrüstet geworfen, daß die [illegible] Arbeiterschaft sie durch Streiks und Arbeitsruhe zur Stillegung des ach so mageren [illegible] Betriebes gezwungen? „In Wirklichkeit weiß man, daß Borsigs, gleichviel ob zwischen [illegible] Grund, schon seit geraumer Zeit die nachfolgende Stillegung ins Auge fassten. Wie einer vor Wochen beschloß der Aufsichtsrat des [illegible] Reichswirtschaftsrats eine Verordnung, wonach Stillegungen erst einen Monat vorher angezeigt sind. Knapp acht Tage, bevor diese Verordnung in Kraft trat, [illegible] Borsigs die Stillegung aus. In jener Aufsichtsratssitzung war der eine der Vertreter Borsig erschienen, hatte [illegible] heftig gegen die Verordnung protestiert und [illegible] ob [illegible] Maschinenfabriken einen Monat vorher [illegible] stillegen [illegible] Antwort gewesen: „Nein, [illegible] Borsig [illegible] Man [illegible] Arbeiterschaft einen Streik zu provozieren, [illegible] und [illegible] Borsig [illegible] Reichs; und [illegible] 14 Tage [illegible] Arbeiterschaft [illegible] Borsig [illegible] Welt; man [illegible] Arbeiterschaft der Kontrolle [illegible]. Aber die gerissenen

[illegible]

Ausland

Die Niederlage Wrangels

Moskau, November 1920. (Heber Stockholm).

Die Presse des Westens schreibt die Niederlage Wrangels der Verschiebung russischer Streitkräfte von der polnischen zur Wrangelfront zu. Dies ist ein Irrtum. Die Vorbereitung des entscheidenden Schlages gegen die Konterrevolution der Krim begann weit früher als zur Zeit der Waffenstillstandsunterzeichnung mit Polen. Nach dieser wurde kein einziges Regiment von Westen nach Süden transferiert. Budiennis Armee wurde von der polnischen zu der Südfront gerade in dem Augenblick verschoben, als in Wolhynien die polnische Kontreoffensive einsetzte, und dies unabhängig vom Verlaufe der Verhandlungen. Budiennis neuer Sieg über Wrangel zeigt die Unwahrhaftigkeit der durch die westlichen Mächte verbreiteten Nachrichten über seine angebliche Niederlage in Wolhynien. Er wurde nicht geschlagen, sondern mit absolut unverletzter Armee an die Südfront geschafft. Man fabelt Radios aus dem Westen über eine Niederlage der Budiennii-Armee gegen Wrangel. In Wirklichkeit schlug Budiennii Wrangel. Seine Kavallerie nahm bei der Besetzung von Aschongar tätigen Anteil und gewann eine Reihe von Schlachten über die im Krazjeg befindliche Armee Wrangels. In den letzten 3 Kampftagen der Roten Armee gegen Wrangel wurden 20 000 Gefangene gemacht, über 100 Kanonen, 7 Panzerzüge, eine ungeheure Menge von Maschinengewehren und Munition erbeutet. In diese Zahl sind nicht eingeschlossen die großen Streitkräfte, die Wrangel auf dem rechten Ufer des Dnjepr zurücklassen mußte. Sehr bald wird die Macht der Roten Armee auch von Petljura, Savinkow, Bodschowitsch und all den anderen Weißgardisten, die an der Westfront noch immer den Frieden mit Rußland zu verhindern versuchen, gefühlt werden.

Wirtschaft

Der Kampf um die Kohle

Das Wort „Sozialisierung" wird jetzt vielfach zu Tode geritten. Es war bisher schon reichlich mit ihm Schindluder getrieben worden; aber was alles heute dreist und verzuckert als „Sozialisierung" bezeichnet wird, das ist schon bemerkenswert.

Man muß nämlich nicht glauben, daß es sich in der öffentlichen Sozialisierungsdebatte bis jetzt in der Hauptsache darum handelte, irgend etwas zu erfinden, um den Arbeitermassen den Mund zu stopfen und sie durch ein Trugbild zur Ruhe, Ordnung und verschärfter Ausbeutung zu verführen. Nein: das ist eine Sache, die man offenbar leichter, sozusagen mit der linken Hand nebenbei zu erreichen hoffte. Im Wahrheit liegt ein Riesenkonkurrenzkampf zwischen verschiedenen Kapitalsgruppen vor, von denen jede gegen die andere in Anspruch nimmt, die einzig wahre und mögliche Form der „Sozialisierung" zu vertreten.

Da die wirtschaftliche Entwicklung die Grundlage unseres ganzen Kampfes ist, und da hier ein allerwichtigstes Stück der Wirtschaftsentwicklung sich vollzieht, muß man zu Beweisen suchen, was hier vor sich geht. Den besten Aufschluß darüber gibt eine Stelle aus der Debatte, die im Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats über die Gutachten seiner sieben dazu erwählten Weisen am 12. dieses Monats stattfand.

Dort nämlich vergaßen die „Herren" offenbar zeitweise, daß über die Sitzung ausführliche Presseberichte erschienen würden und lieferten sich folgendes:

Generaldirektor Bögler (im Laufe seiner Rede): „Wir haben den ersten Schritt zum horizontalen Aufbau getan, indem wir die wichtige Kohle der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt haben." (Lauter Rufe: Und die Monopolprodukte in der Hand behalten!) „Das Monopolprodukt ist ja die Kohle!" (Rathenau: Nein, Eisen, Stahl usw.!) „Ja, was hat das mit dem horizontalen Aufbau zu tun?" (Rathenau: Darin liegt ja die Macht!)

Aus diesem Zwiegespräch schöner Seelen läßt sich nahezu alles herauslesen. Die belustigende Frechheit dieses Bögler sieht man ja auf den ersten Blick: „Wir haben die Kohle der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt." Der ganze erste Inhalt dieses lächerlichen Ausspruchs erfüllt sich dann aber, wenn Rathenau im Zwischenruf nach Eisen und Stahl fragt, und Bögler dieser Frage ausweicht. Hier sind unverhüllt mit zynischer Offenheit die beiden Kontrahenten — besser die Vertreter der beiden Kontrahentengruppen — einander gegenübergestellt. Dem Schein, daß das Herr Bögler, erstehen sie den Anspruch, jeder für sich, die richtige „Sozialisierung" zu wollen.

Man sieht auch, um was die heute konkurrieren: um die Kohlenfelder und Rohprodukte, in deren Besitz heute, wie Rathenau richtig sagt, mehr denn je die Macht liegt. Rathenau ist mit seinem Konzern nahezu ganz ausgeschlossen aus der Rohstoffsicherung. Die Auslandsrohstoffe, auf die er zum Teil angewiesen ist — Kupfer, Gummi, Seide — sind ohnehin schon so teuer, und der Auslandsabsatz ist ihm wie der Zusammenbruch einer Schweizer Tochtergesellschaft der A. E. G. beweist, so erschwert, daß er einen hartnäckigen Kampf kämpfen muß um die anderen Roh- und Hilfsstoffe: Kohle, Eisen, Stahl. Deshalb muß er kämpfen für die sogenannte horizontale (wagerechte) Zusammenfassung, d. h. die Gruppierung der Industrie nach dem Schwerpunkt der Zusammenfassung aller Produzenten derselben Ware. Das würde bedeuten, daß die Kohlenmagnaten in der Bestimmung über die Verwendung und den Preis ihres Produktes durch die etwa der sogenannten Sozialisierung eingeschränkt würden durch das Reich und durch einen Kohlenrat oder etwas ähnliches, indem die Verbraucher, also in erster Linie die großen fertigindustriellen Konzerne, wie z. B. die A. E. G., stark vertreten sein würden. Es würde ferner bedeuten, daß die Eisen- und Stahlproduzenten von den Kohlenproduzenten getrennt und später in ähnliche Weise „sozialisiert" werden, d. h., zugunsten der Fertigindustrie in ihrer Verfügungsgewalt eingeschränkt werden könnten. Rathenaus Gedanke, das, was er sich unter „Sozialisierung" oder „Planwirtschaft" vorstellt, ist also die Befreiung der Fertigindustrie von der Uebermacht der Rohstoffproduzenten, indem diese von Stinnesgegen gruppenweise zusammengefaßt und, unter Belassung reichlichen Profits, gezwungen werden, die großen Verbände der Fertigindustrie, bevorzugt zu beliefern. Dabei handelt es sich weniger um den Preis, als um die Sicherheit, bei der knappen Produktion überhaupt etwas zu bekommen, rasch, regelmäßig, und in der erforderlichen Qualität. Der Kohlenkommissar, der es natürlich keinem recht machen kann, soll dann ausgeschaltet und ersetzt werden durch den „freien" Lieferungsvertrag zwischen dem „sozialisierten" Kohlentrust und den großen Trusts der Fertigindustrie (Elektrizität, Textilien, Chemie usw.).

Auf der anderen Seite stehen Stinnes und Bögler. Ihre „Sozialisierung" ist vertikal (senkrecht) gedacht. Das heißt: die Kohle darf nicht herausgenommen werden aus der Gesamtwirtschaft, es müssen vielmehr Interessengemeinschaften geschaffen werden zwischen Kohlenbergbau und Weiterverarbeitung. Die Entwicklung in dieser Richtung wird schon seit längerer Zeit von Stinnes vorwärtsgetrieben, und ihm sind andere rheinische Großindustrielle, vor allem Bögler und Klöckner, gefolgt. Sie haben dafür gesorgt, daß Kohlengewinnung, Erzgewinnung, Stahlverarbeitung, Gießerei und Fertigindustrie in gewaltigen Betrieben unter einheitlicher Kontrolle kam. Die erste größte Gründung dieser Art war die Interessengemeinschaft zwischen der Kohle- und Eisengruppe Stinnes-Thyssen (Stinnes) und den ganzen Berliner und bayrischen Werken des Siemens-Schuckert-Konzerns (Elektro-Industrie). Diese Zusammenfassung aller Arbeitsprozesse, vom Rohstoff an bis zum letzten Fabrikat: Eisenbahnschiene, Motor, Glühbirne usw., ist ein wichtiger Teil der großen Konzentrationsbewegung des deutschen Kapitals, die wir tätlich schon darbieten. Und diese Art von Konzentration soll jetzt, nach dem Willen der Stinnes und Bögler, unter dem Aushängeschild der „Sozialisierung", dem staatlichen Schutz erhalten als bevorzugte Organisationsform. Besonders hat man auch daran gedacht, die kohlenverbrauchenden städtischen Einrichtungen, Elektrizitätswerke, Gaswerke, städtische Bahnen, mitbeteiligungsweise in diese „Interessengemeinschaften".

Neben diesem gewaltigen Konkurrenzkampf zwischen den Rohstoffgewaltigen, die ihre gierige Hand nach der Herrschaft über den gesamten Produktionsprozeß ausstrecken, und den Industrielenkern, die sich ihre Selbständigkeit im Profitmachen bewahren wollen, erscheinen die Vorschläge, die zur „Beruhigung" der Arbeiterschaft gemacht werden, erst in ihrer ganzen lächerlichen Nichtigkeit. Der Gedanke der 100-M.-Aktie für den Arbeiter, der dazu bestimmt war, die Sozialisierung der Gruben umzuwandeln in eine Kapitalisierung der Grubenarbeiter, war allzu schlau-ausgedacht: Die Christen haben sich zwar über ihres Betreiters Imbusch Mitwirkung noch nicht gedäußert, aber der Bergarbeiterverband hat sich gezwungen gesehen, seinen Redakteur Wagner fallen zu lassen, und die S. P. D.-Fraktion hat sich in ihrer Interpellation gegen jede Kapitals-, Gewinn- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter ausgesprochen.

Man hat doch wohl Angst, die Massen der Bergarbeiter könnten den Schwindel zu rasch begreifen, und man möchte aus der Konkurrenz der beiden Kapitalsgruppen einen Vorteil ziehen, um mit einem recht netten Weihnachtsgeschenk den braven Gewerkschaftskindern aufwarten zu können.

Man braucht kein großer Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Gruppe Stinnes-Bögler die weitaus besseren Siegesaussichten hat gegenüber Rathenau. Denn erstens sind die Besitzer der Rohstoffe heute die Stärkeren weil der ungeheure Bedarf der ganzen Welt alle Konkurrenz aufgehoben hat, und zweitens hat ihr Plan das ungeheure politische Vorzug — vom Standpunkt der Kapitalisten aus — daß er eine partielle „Sozialisierung" innerhalb des [illegible] Systems von vornherein unmöglich macht. Durch die vorhandenen und noch neu zu schaffenden „vertikalen" Interessengemeinschaften wird eine Organisation erreicht, der gegenüber jede noch Bestehen gebliebene Gewerkschaftsorganisation der Arbeiterschaft auch den letzten Rest von Macht verliert, weil immer einem einzigen gewaltigen Gesamtbetrieb eine ganze Zahl zersplitterter Berufsvereinchen gegenübersteht. Diese Entwicklung ist heute schon bis Oberschlesien zur Ohnmacht verurteilt, auch unter den „revolutionären" Führern, wird dann ins Unendliche gehetzt.

Uns gegenüber ist die einzig angemessene Organisation der Arbeiterschaft die nach Betrieben, zusammengefaßt in der Einen Allgemeinen Arbeiter-Union.

Eine gewaltige Zusammenballung aller Kräfte des deutschen Kapitalismus vollzieht sich vor unsern Augen unter dem Titel „Sozialisierung". Sie wird und muß in kürzester Frist zum Generalangriff auf die Arbeiterschaft führen, zu einem Drau, demgegenüber alle heutige Unternehmersabotage als ein freundlicher Scherz erscheinen wird.

Unsere Aufgabe ist, mit allen Kräften dahinzustreben, daß es nicht erst soweit kommen kann. Nicht umsonst werden die Arbeiter jetzt den Anschauungsunterricht darüber bekommen, was Sozialisierung im kapitalistischen Staate heißt. Nicht umsonst sollen die Stinnes und Bögler gepredigt haben, daß man die Kohle nicht getrennt von der übrigen Wirtschaft sozialisieren kann.

Die rücksichtslose Demaskierung der bürgerlichen Sozialisierung als höchste, staatlich privilegierte Kapitalskonzentration, muß und wird der Arbeiterschaft die Lehre geben, daß sie verraten und verkauft bleibt, so lange sie nicht die volle politische und wirtschaftliche Macht in Händen hält.

Aus Groß-Berlin

Betriebsrätezentrale und Kontrolle der Produktion

Nachdem die letzte Vollversammlung der angeblich revolutionären Betriebsrätezentrale, die eigentlich dazu da gewesen sein sollte, den kreisenden Berliner Arbeitern den Rücken zu stärken, mit einer lendenlahmen Sympathiekundgebung, die von jeder gelben Gewerkschaftsversammlung auch angenommen wäre, geendet hatte, hatte man sich schleunigst vom Mittwoch auf den Sonntag vertagt. Man flüchtete sich gewissermaßen aus einer revolutionären Woche in die Zeit wieder geordneter Zustände, um sich nicht der Gefahr aussetzen, am Ende in revolutionäre Handlungen hineingezogen zu werden.

Das Lag lagen mit [illegible] Brandlers vom Spartakusbund. Was er sagte, war Wort für Wort eine Bestätigung unserer Auffassung und unserer Parolen. „Die Generalkommandole der K. A. P. und der Arbeitslosen ist zwar im Augenblick gesetzlich unbrauchbar" (mittendrin!). Aber — Sie mögen es bedauern, denn es ist so Tatsache unseres Kampfes, gab er zu! Ganz recht, weil die Organisationen der Arbeiterschaft, weil die großen Parteien seit Monaten nichts getan haben, weil sie mutig beschäftigt, aus der Frage des Zusammenschlusses zur 3. Internationale einen Barrangenschacher zu machen, ihre Aufgabe, revolutionierend die Arbeiterschaft zu durchdringen, versäumt hatten, so mußten wir K. A. P. und A. A. U. unterstützt nur von einer jungen revolutionären Organisation, die sich die Arbeiterschaft in den Betrieben selbst geschaffen hatte — die politischen Arbeiterräte — im Naven Gewinnen einer politischen Hochspannung allein die Parole des Generalstreiks vorantragen. Obwohl die „Rote Fahne" ausdrücklich zugibt, daß es sich beim Elektrikerstreik um eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft handelt, war es den Vertretern der neuen großen Massenpartei gelungen, die Berliner Arbeiterschaft von einem solidarischen Anschluß an die streikenden und ausgesperrten Genossen abzuhalten. Statt dessen also proklamierte man die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte! (obwohl die K. P. selbst s. Zt. die Parole der Wahl politischer Arbeiterräte gegeben hatte; aber nun plötzlich will sie von ihnen nichts mehr wissen, weil zur großen Ueberraschung — die K. A. P. bei dieser Wahl mehr Vertrauen unter der Arbeiter gefunden hatte als Spartakus). Ueber diese „Kontrolle der Produktion" unterhielt man sich sehr ausführlich am Sonntag im Sportpalast und gab den anwesenden Betriebsräten einige Aufgaben ins Aufgabenbuch: Einsetzung von Brennmaterial-Kommissionen, von Rohstoff-, Finanz- und Auftrags-Kommissionen. Das sind alles gewiß sehr gute Sachen und eine Inventarisierung der Vorräte ist sicher sehr zweckmäßig — wenngleich man schon sehr optimistisch sein muß, um zu erwarten, daß vor der Erreichung der politischen Macht die Betriebsräte (von Einzelfällen abgesehen) in der Lage sein werden, von den Unternehmern die Wahrheit über all diese Dinge zu erfahren. Was werden die Finanzkommissionen z. B. sich alles erzählen lassen!!"

Dies alles ist das wesentliche, und deshalb bekämpfen wir die Methode der Betriebsrätezentrale unter Spartakusführung. Wiedereinmal wird der Blick vom Wesentlichen, von der einzigen Aufgabe des Augenblicks abgelenkt, das Interesse der Arbeiterschaft auf etwas Schönes gelenkt, während es doch einzig darauf ankommt, [illegible] der Kontrolle aus — [illegible] „Sozialisierung" innerhalb des [illegible] Systems von vornherein unmöglich macht. Durch die vorhandenen und noch neu zu schaffenden „vertikalen" Interessengemeinschaften wird eine Organisation erreicht, der gegenüber jede noch Bestehen gebliebene Gewerkschaftsorganisation der Arbeiterschaft auch den letzten Rest von Macht verliert, weil immer einem einzigen gewaltigen Gesamtbetrieb eine ganze Zahl zersplitterter Berufsvereinchen gegenübersteht. Diese Entwicklung ist heute schon bis Oberschlesien zur Ohnmacht verurteilt, auch unter den „revolutionären" Führern, wird dann ins Unendliche gehetzt.

Uns gegenüber ist die einzig angemessene Organisation der Arbeiterschaft die nach Betrieben, zusammengefaßt in der Einen Allgemeinen Arbeiter-Union.

Eine gewaltige Zusammenballung aller Kräfte des deutschen Kapitalismus vollzieht sich vor unsern Augen unter dem Titel „Sozialisierung". Sie wird und muß in kürzester Frist zum Generalangriff auf die Arbeiterschaft führen, zu einem Drau, demgegenüber alle heutige Unternehmersabotage als ein freundlicher Scherz erscheinen wird.

Unsere Aufgabe ist, mit allen Kräften dahinzustreben, daß es nicht erst soweit kommen kann. Nicht umsonst werden die Arbeiter jetzt den Anschauungsunterricht darüber bekommen, was Sozialisierung im kapitalistischen Staate heißt. Nicht umsonst sollen die Stinnes und Bögler gepredigt haben, daß man die Kohle nicht getrennt von der übrigen Wirtschaft sozialisieren kann.

Die rücksichtslose Demaskierung der bürgerlichen Sozialisierung als höchste, staatlich privilegierte Kapitalskonzentration, muß und wird der Arbeiterschaft die Lehre geben, daß sie verraten und verkauft bleibt, so lange sie nicht die volle politische und wirtschaftliche Macht in Händen hält.

Aus der Partei

Das Urteil des Dresdener Kommunisten

Am Freitag [illegible] eine Gattin des Dresdner „Kommunisten" hier zum Wort gebracht. Nun unseren Lesern der total zerfetzte Kopfteil jener Rede, die in Dresden [illegible] S. P. D. auf [illegible] Kommunist" eine Gattin [illegible] der SPD. [illegible] Dresden [illegible] Weise zu reagieren. Es genügt solche politische Entartungen, die im Zeichen des „Sozialismus" auf der Tagesordnung zu sein scheinen, von Anfang bis zu Ende zu zitieren. Nur ancieren interessiert uns an dieser Schmutzerei: Einmal die gleich eingangs in die Augen springende Tatsache, daß Brandlers Gattin keine Rühle aus der K. A. P. D. ausgeschlossen. Das hat er leider nicht getan, weil er dazu nach dem Parteistatut keine Möglichkeit besaß, sondern es hat nur in einer mit großer Majorität angenommenen Resolution zum Ausdruck gebracht, daß Rühle sich durch sein parteigefährdendes Verhalten selber außerhalb der K. A. P. D. gestellt hätte. Das hätte er übrigens auch nicht nötig gehabt, wenn die Tatsache, die das Arbeiterschreiben bei dieser Gelegenheit ausplaudert, den Mitgliedern des Zentralausschusses bekannt gewesen wäre, die Tatsache nämlich, daß Rühle die auf den heutigen Tag gar nicht Mitglied der K. A. P. D. gewesen ist. Das ist allerdings ein Faktum, das immerhin beachtenswert erscheint. Er ist nicht Mitglied der K. A. P. D., aber er zögert keinen Augenblick Parteifunktionen zu übernehmen, er läßt sich sogar als Delegierter der Partei zum Kongreß der 3. Internationale entsenden, ohne Mitglied dieser Partei zu sein. Und hält es nicht einmal für notwendig, der Partei als solcher davon Mitteilung zu machen, aber war soviel Mut nötig, um diese immerhin nicht ganz belanglose Tatsache vor aller Welt zu bekennen? Oder ging er von Anbeginn an die K. A. P. D. in der festen Absicht, die Parteizertrümmerung zu betreiben? Oder glaubt er, daß ein Rühle, weil er eben Rühle, d. h. eine hohle intellektuelle Mittelmäßigkeit ist, es im Gegensatz zu dem einfachen Proletarier nicht nötig hat, einer Organisation, in der er offiziell tätig ist, als ordentliches Mitglied anzugehören? Alles das sind Fragen, auf die der Wirtschaftsbeirat Oestlichen Antwort erteilen muß, wenn wir nicht annehmen wollen, daß dort eine Herberge für politisch Obdachlose existiert, in der vielleicht noch mehr Fälle a la Rühle der Aufklärung bedürfen.

Wir veröffentlichen nunmehr das Pamphlet, dessen geistvolle Ueberschrift: „Spartakus übertrumpft!" offenbar nur den einen Sinn haben kann, daß der Verfasser den selbst für Spartakus nicht gerade allzuhellen Sauberbrennen doch zu übertrumpfen gedenkt, diese lächerliche Absicht hat er tatsächlich mit dem folgenden Elaborat erreicht:

„Die Bonzen-Zentrale der SPD hat sich selbst Barbaren: in einem Anfalle von Verfolgungswut und

Größenwahn hat sie — unter Mißbrauch des Zentral-Ausschusses — den Genossen Rühle und die KAPD [illegible]. Damit hat sie das schärfste Verfahren [illegible] Fraktionsmacherei, das terroristische Faustrecht der Spartakus-Zentrale, nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen. Denn nach dem Statut der KAPD steht weder der Zentrale, noch dem Zentral-Ausschuß das Recht des Ausschlusses von Mitgliedern zu. Das ist in dem vorliegenden Falle lediglich Sache des Wirtschaftsbezirks Ostsachsen. Der Zentral-Ausschuß hat sich zu einem Willkürakt mißbrauchen lassen, der, wenn er kein Narrenstreich wäre, ein Bubenstück sein würde.

Das Vorgehen des Berliner Bonzenklüngels, das denkläglichen Verfall des Häuflein Unglück, das sich heute noch KAPD nennt, verschleiern soll, hat die erfreuliche Wirkung, daß es die geschwollenen Opportunistenköpfen und großsprecherischen Neuorientierungsphrasen, womit man sich ein paar Monate lang das Vertrauen ehrlicher Arbeiter und die Sympathie anständiger Menschen erschlich, als das entlarvt, was sie immer waren: als das heuchlerische Maskenspiel einer sich revolutionär gebärdenden Partei-Spießer-Demagogie, als das niedrige Manöver einer skrupellosen, feinen Egoismus entsprungenen Spekulation. Die Zerrüttung der Partei, der letzten ihres Kalibers, ist damit tausendmal intensiver und nachhaltiger gefördert worden, als alle bisherigen und künftigen Reden und Artikel des Genossen Rühle dies vermöchten. So leisten die verdienstlichen Schächer, die noch immer in der Enge und Rückständigkeit ihres unmarxistischen Denkens einzelne Personen für die Notwendigkeiten der historischen Entwicklung verantwortlich machen und hinter sachlichen Unabänderlichkeiten menschliches Verschulden suchen, der Aufklärung im sozialistischen und revolutionären Sinne ungewollt einen wertvollen Dienst. Und ihre Einblicker und Draufsicher, als deren willige Puppen sie fungieren, die Oberbonzen der Moskauer Exekutive, werden an dem Ausschluß Rühles ebensowenig Freude erleben, als sie selbst das unausbleibliche Schicksal der KAPD damit abwenden oder verlängern können.

Genosse Rühle, der in Konsequenz seines Standpunktes übrigens niemals eingeschriebenes Mitglied der KAPD gewesen ist, sondern stets die großen und lebendigen Interessen der Revolution über die beschränkten und eingebildeten Interessen dieser Parteizwitter gestellt hat, wird mit einem Hinweis auf die [illegible] Berliner Genossen hinweggehen und auch wie vor seine Pflichten im Dienste der sozialen Revolution erfüllen. Die endliche Befreiung von jeder Gemeinschaft mit dem Gespinstum der Partei-Revolutions-Spielerei kann im Kampfe gegen Phrasen, Parteiterrorism und Parteibetrug nur neue geistige Kraft verleihen und neue stärkere Antriebe auslösen.

Rühles antibolschewistische Propaganda

Wir werden uns Ausdruck der nachstehenden Richtigstellung erlaubt, die von der Redaktion des „Dresdener Kommunist" trotz mündlicher Zusage abgelehnt wurde.

In Nr. 44 (Seite 2) des Dresdner „Kommunist" wird behauptet, „irgendein Lewinsohn" habe den Gen. Rühle als „Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga" bezeichnet. Wir stellen hierzu Folgendes fest:

Gen. Rühle unterläßt bei allen Reden seit seiner Rückkehr aus Moskau — infolge einer grenzenlosen Verärgerung zweifellos völlig bewußt — das Entscheidende in der russischen Revolution, hinter welchem alles andere zurücktreten muß, hervorzuheben; nämlich daß in Sowjetrußland die politische Macht der Kapitalisten entrissen ist, und, wenn auch noch nicht vom Proletariat in seiner Gesamtheit (was absolut unmöglich) ausgeübt wird, so doch von seinem bewußtesten und entschiedensten Interessenvertretern, eben der Kommunisten. Und zwar zum Zwecke und mit bestimmten Erfolge auf dem Wege der Erkämpfung der kommunistischen Gesellschaft.

Bei dem jetzigen gesellschaftlichen Zustande Sowjetrußlands mit all seinen Auswüchsen erwähnt Gen. Rühle dessen historische Notwendigkeit immer nur ganz nebenher (er behauptete sogar wiederholt das Gegenteil!), während er — der ehemalige marxistische Lehrer — in allen Referaten die geschichtlich unvermeidlichen Auswüchse stundenlang aufstrichst.

Wenn Gen. Rühle in öffentlichen Volksversammlungen behauptet, die russischen Arbeiter seien verflossener, unterdrückter, ausgebeuteter als die deutschen Arbeiter, so kann Gen. Rühle niemals mit einem deutschen Proletarier gefühlt haben; so kann er niemals auch nur einen Schimmer des Elends des deutschen Proletariats empfunden haben.

Wenn Gen. Rühle in öffentlichen Volksversammlungen sagt, das russische Volk ertrage entsetzliche Leiden (was ja wahr ist und vorbildlich für das deutsche Proletariat, denn es geschieht im Klassenkampfe zur Erringung des Sozialismus), und wenn Gen. R. als Folgerung, daraus in den Saal schreit: „Wir deutschen Arbeiter wollen nicht leiden!", so heißt das, den deutschen Arbeitern die Illusion einer Salon-Revolution machen.

Diese — unbewußt — konterrevolutionäre Agitation des Gen. Rühle haben wir (und nicht wir allein!) als eine antibolschewistische Propaganda gekennzeichnet. Wir weisen es aber ganz entschieden von uns, den Gen. Rühle einen „Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga", d. h. einen bezahlten oder unbezahlten, offenen und bewußten Reaktionär genannt zu haben. Das ist eine der vielen Unterschiebungen, Verleumdungen, Fälschungen, von denen der Dresdner „Kommunist" strotzt, seit dem er vom Gen. Rühle redigiert wird.

Mit kommunistischem Gruß!

Willy Lewinsohn. Erich Lewinsohn. Felix Lewinsohn.

Abrechnung
der Unterstützungs-Kommission der K.A.P.D. vom 1. Juni 1920 bis 30. September 1920.

Einnahme:

Auf Listen gingen ein	Mk. 46 781.20
Durch Sammlungen gingen ein	„ 21 461.65
Durch Verkauf von Postkarten	„ 445.65
Summa	Mk. 67 688.50

Ausgabe:

An Unterstützungen wurden gezahlt	Mk. 21 612.50
An Bedürftigkeit	„ 11 910.80
An Reisekosten	„ 7 058.40
Diverse Ausgaben: Drucksachen, Porto, Telegramme	„ 709.65
Bestand am 30. September 1920	„ 26 597.25
Summa	Mk. 67 858.50

Berlin, den 10. Oktober 1920.

Windhoff — Drahtke

Revisoren: Karl Schulz, Berthold Winter, Georg Liebig.

Versammlungs-Kalender

12. Bezirk. Freitag, den 19. 11. 20 Bezirksmitglieder-Versammlung in Schöneberg, Wilhelmshof, Oberstraße 80a, pünktlich 7½ Uhr.

16. Bezirk. Freitag, den 19. d. M. findet im bekannten Lokal die Mitgliederversammlung statt.

18. Bezirk. Allgemeine Mitglieder-Versammlung in Adlershof. Neuwahl der Bezirksleitung.

Kommun. Arbeiter-Jugend. Vom 27. bis 28. November 1020 findet in Braunschweig die Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeiter-Jugend Deutschlands statt. Anfragen sind zu richten an „Rote Jugend", Berlin O 112, Gürtelstr. 25.

Zeitungsausgabestellen:

Berlin N.	Danziger Straße 71, Lokal Klug.
„ N.	Dornholmer Straße 36, Zigarrengeschäft Jendretzky.
„ N.	Gotzkowskystr. 5, B. Völker, Hugo v. v.
„ N.	Metzerstr. 2, Lokal.
„ N.	Müllerstr. 126, Lokal Beyer.
„ NW.	Berlichingenstr. 3, Lokal.
„ NO.	Palisadenstraße 22, vorn 3 Tr., Wuppert.
„ NO.	Hufelandstraße 32 bei Paris, Lokal.
„ O.	Weberstraße 6, Fr. Roß.
„ S.	Schmalenstraße 24, Plattgeschäft.
„ SO.	Skalitzer Straße 55r, Lokal Stahl.
„ SO.	Wiener Straße 12, Laden.
„ SW.	Puttlamerstraße 11, Zürich.
„ SW.	Wilhelmstraße 28 (von 2 bis 6 Uhr; außer Montags).

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin.
Druck und Verlag: Verlag der K.A.P.D., Berlin.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin

Donnerstag den 18. November 1920, abends 7 Uhr Gipsstraße 23a (Schule)

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Rühle und wir. 2. Die Lehren der letzten Aktion. 3. Verschiedenes.

Genossen! Erscheint pünktlich und sorgt für zahlreichen Besuch. Der Arbeitsausschuß.

Soeben erschienen:

Protokoll

der Reichskonferenz der Opposition der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands am 28. und 29. August 1920 in Leipzig.

24 Seiten. Preis 75 Pfg.

Bestellungen sind zu richten an „Rote Jugend", Berlin O 112, Gürtelstraße 25.

„Rote Jugend"

Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend.
Nummer 2. Preis 30 Pf.

Erscheint monatlich zweimal. Abonnements unter Streifband monatlich 0,90 M., vierteljährlich 2,70 M.
„Rote Jugend", Berlin O 112, Gürtelstraße 25.

Parteischule!

Sämtliche Parteischüler müssen am Sonnabend, den 20. November vollzählig zum Referentenausbildungskursus erscheinen, da die Kursusfolge gewechselt wird.

Soeben erschienen:

Programm der K.A.P.D.
Neue Fassung. Preis 50 Pfg.

Neue Schriften:

Russische Korrespondenz Nr. 12/13	7,50 M
Die Wirtschaft in Sowjet-Rußland und Westeuropa. 2. Auflage	8,— „
Das KPD des Kommunismus. Von Bucharin und Preobrajenskij	4,— „
Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen. Von H. Brandler	4,— „
Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kautsky). Von Trotzki	6,— „
Die Kommunistische Internationale Nr. 6	5,— „
Die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Von Sinowjew	2,80 „
Die Gewerkschaften in Sowjet-Rußland. Von Losowski	2,— „
Die russischen Gewerkschaften. Von Schlapnikow	0,50 „
Programm des sozialistischen Wirtschafts-Aufbaues. Von K. Radek	0,50 „
Rote Jugend"	0,80 „
Proletarier Nr 1	1,50 „
„ „ 2	1,50 „
Die Beschlüsse des IX. Kongresses der Kommunistischen Partei Rußlands	1,— M.
Churchill als Berschmörer	0,50 „
Was ist prolet. Dichtung? Von A. Bogdanow	0,60 „
Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht. Von N. Lenin	1,— „
Die Arbeiterklasse und ihre Sowjetpolitik. Von L. Trotzki	1,— „
Die Tätigkeit des allrussischen Metallarbeiter-Verbandes 1917—1920	0,50 „
Die Kommunistische Internationale Nr. 7/8	6,— „
Das Kapital. Von K. Marx. Gemeinverständl. Ausgabe von Julian Borchardt	15,— „
Weltrevolution und kommunistische Taktik. Von Anton Pannekoek	2,— „
Programm der K. A. P. D.	0,50 „
„Sowjet", Kommunistische Monatsschrift Nr. 1	3,— „
„ „ „ „ 2	3,— „
Offener Brief an den Genossen Lenin. Von Herm. Gorter	4,— „

Zu beziehen durch:

Verlag der K. A. P. D., Berlin SW. 48, Wilhelm-Strasse 28 v. IV

Soeben erschienen:

H. Gorter

Offener Brief an den Gen. Lenin

(Eine Abrechnung mit Lenins Buch: „Der Radikalismus, eine Kindkrankheit ...")

Preis 4 Mk. 92 Seiten.

10 Exemplare 30 Mk.

Soeben erschienen:

„PROLETARIER"

Monatsschrift für Kommunismus

Heft 2. Preis 1,50 M.

Nr. 147 — Preis 30 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint täglich außer Sonntags. — Preis in Berlin 30 Pfg. pro Nummer. Zu bestellen durch die Post-Zeitungsstellen, der Partei und die Straßenverkäufer. — Postscheckkonto Berlin NW 7, 14000.

Redaktion u. Expedition Berlin SW 48, Wilhelmstr. 28 IV. Geöffnet täglich außer Montags von 3—6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Die 1spaltige Millimeterzeile kostet 1 Mk. Stellengesuche und -angebote 80 Pfg. Für das Ausland kostet die Millimeterzeile 1 Mk. Postscheckkonto Berlin NW 7, 14000.

Russischer Vorstoß nach Konstantinopel

Nun ist auch Wrangel zu seinen Vorfahren versammelt. Er ist politisch und militärisch tot. Zwar hat man in heutigen Zeiten keine Gewähr dafür, daß Leute, die politisch tot sind, sich nun auch still verhalten werden. Die prachtvolle Unsicherheit aller weltpolitischen Verhältnisse, die der Weltkrieg hinterlassen hat und die vom Ententekapital künstlich aufrechterhalten wird, ist ein ausgezeichneter Nährboden der Reaktion, so sie ist ein Bestandteil der Weltrevolution selbst; aber sie hat den Nachteil, daß auch die blamiertesten Leute plötzlich wieder irgendwo auftauchen und Anhang finden können. Deshalb empfiehlt sich bekanntlich in revolutionären Zeiten, daß man die gefährlichsten Gegner nicht mit dem nur politischen Tod davonkommen läßt. Sicher ist sicher.

Der Herr Baron Wrangel lebt noch, körperlich, und deshalb ist es natürlich denkbar, daß er in der Luft des russischen Frühlings, die bekanntlich auf Konterrevolutionäre sehr belebend wirkt, noch einmal zu Atem kommen wird. Aber vorläufig ist er erledigt. Er ist in Sebastopol „als letzter", wie der Bericht ruhmredig meldet, an Bord gegangen, und hat den Bolschewiki das Feld geräumt. In seiner Person hat das Ententekapital das Feld räumen müssen, dem sich der Bandidenhäuptling nach einiger Selbständigkeit, zur Verfügung gestellt hatte. Was das Ententekapital ist der Wrangel, oder jedenfalls — ab in Wrangel, ob in einer anderen Person —, im Frühjahr spätestens wieder gegen Sowjetrußland anfreischen wird.

Es ist noch immer schwer zu sagen, ob Frankreich mit seiner Unterstützung Wrangels sich von England wirklich losgetrennt und isoliert hatte. Nach außen hin war es so. In Wahrheit kann man annehmen, daß den Engländern jeder Angriff auf Sowjetrußland zu jeder Zeit gelegen kommt, daß sie es aber wie immer geschickt verstehen, im Hintergrunde zu bleiben und jederzeit eine andere Karte zum Ausspielen bereit zu halten. Und so haben auch wieder einmal die deutschnationalen Offiziere, von denen sich viele Wrangel zur Verfügung gestellt hatten, in Wahrheit für die Leute gekämpft, die sie als ihre Todfeinde betrachten und als „das Krämervolk" verachten, nämlich — bezahlt mit französischem Gelde — für die englische imperialistische Großbourgeoisie.

Ueberhaupt haben so die Alldeutschen eine zeitlang ein großes Geschrei für Wrangel gemacht. Interessante Meldungen über die Reisen von Wrangels Agenten, Schilderungen seiner freiheitlichen Bauernpolitik lagelten auf den unglücklichen Leser. Man träumte schon von seinem Einzug in Moskau und von der großen Geschäftsabschlüssen, die man mit ihm als dem Kolonisator des vollen Erbteils Rußland abschließen würde; er ließ ja auch schon seine Handelsdelegationen in Deutschland herumreisen. Er bildete ein Glied in der großen konterrevolutionären „Bauern"-Allianz unter schwerindustrieller Führung, die man als endgültigen Damm gegen die Revolution aufrichten wollte. Nun ist es davon still geworden.

Es scheint aber, als ob die Bauernpolitik der Sowjets in Rußland mindestens ebenso gut sei wie die Wrangels. Denn anders als durch innere Zerrüttung in Armee und Hinterland läßt sich der rasche Zusammenbruch nicht erklären. Vielleicht haben doch auch die Krimbauern gelernt, daß das Sowjetsystem für sie noch besser sei als die imperialistisch-kapitalistische Politik Wrangels.

Wirtschaftlich ist dieser Sieg, der das Kohlenbecken und den Zugang zum Nordkaukasus sichert und reiche landwirtschaftliche Gebiete in die Hände der Sowjets bringt, eine ungeheure Entlastung des proletarischen Rußland. Politisch und militärisch ist dieser Erfolg nur voll zu würdigen in Verbindung mit dem Bündnis Sowjetrußlands mit den nationalistischen Türken, das anzusprechen gegeben ist mit der Proklamation einer Sowjet-Türkei. Wenn man sich die Karte ansieht, stellt man fest, daß beides zusammen einen tödlichen Pfeil im Fleische der Entente bedeutet. Einmal ist damit gegeben eine unmittelbare Flankenbedrohung von Konstantinopel. Konstantinopel — ist einer der wichtigsten politischen und militärischen Stützpunkte der Welt. Konstantinopel verschließt bekanntlich den Seeweg der Verbindung von Rußland ins Mittelmeer, nach Genua, Triest usw. Diese Stadt lag immer in der Gesichtung russischer Weltpolitik. Nach Osten zu bedeutet die Besetzung der Krim und die Verbindung mit den Nationalkräften eine weitere Bedrohung der englischen Stellung in Mesopotamien.

Wenn jetzt aus England die Nachricht kommt, daß eine Ministerkrisis drohe und daß Lord George bereit sei, einige widerstrebende Kollegen zu opfern, um unumehr endlich die Handelsbeziehungen zu Rußland vertraglich zu regeln, so sieht man, woher diese Eile plötzlich kommt.

Die englische Meldung spricht weiter von einem erheblichen Druck des Aktionsrates der englischen Arbeiterschaft in dieser Richtung. Mag ein solcher Druck ausgeübt worden sein, so wollen wir doch offen aussprechen, daß nach unserer Ansicht Lloyd George vermutlich das betreffende Aktenstück erst jetzt wieder aus seinem Schreibtisch geholt hat, als es ihm auf Grund der letzten Ereignisse gerade passte.

Der Sieg, den Rußland hier errungen hat, und den es sofort zur entschiedenen Abwehr polnischer Uebergriffe ausnutzt, ist ein Sieg der proletarischen Revolution gegen das Weltkapital. Und auch diesen Sieg haben die Russen wiederum ganz allein erkämpfen müssen. Auch hier wieder hat das deutsche Proletariat als interessierter Zuschauer dagestanden, ohne einen Finger zu rühren, selbst damals als Wrangels Agenten in Deutschland [illegible] fragt sich, ob das im kommenden Frühjahr, wenn die neuen Angriffe gegen die proletarische Weltmacht einsetzen werden, wieder ebenso werden wird. Die revolutionären Taten der entscheidenden vereinigten kommunistischen Partei bieten schon jetzt eine feste Gewähr dafür, daß Rußland auch dann allein steht.

Man sollte sich wirklich nicht damit zufrieden geben, wenn politische Gegner politisch tot sind.

Deutsche Neutralität

Zwischen Sowjet-Rußland und Polen besteht vorläufig noch kein endgültiger Friede. In Riga ist mit dem Abschluß des Waffenstillstandes zwar eine vorläufige Beruhigung eingetreten, aber noch ist Kriegszustand zwischen beiden Regierungen bedeutet, so daß sich die beiden Länder — staatsrechtlich betrachtet — noch im Kriegszustande miteinander befinden. Folglich bedeutet die direkte oder indirekte Unterstützung eines der beiden Beteiligten mit Truppen und Kriegsmaterial durch eine dritte Macht, daß diese sich einer feindseligen Handlung gegen einen der Kriegführenden schuldig macht. Die deutsche Regierung beteuert alle Augenblicke ihre strikteste Neutralität gegenüber den beiden im Kriegszustand befindlichen Mächten. Wie diese „Neutralität" in Wirklichkeit aussieht, geht aus folgender Meldung, die auf zuverlässigen Informationen beruht, hervor:

Am 10. November, 2½ Uhr vormittags gingen von Danzig nach Tilsiten 84 Waggons ab, enthaltend Artilleriemunition 7,5 Zentimeter, Handgranaten, Gewehrgranaten und Gewehrmunition. Diese Munition wurde durch den angeblich baltischen Panzer „Eberhard" befördert. Die Waggons trugen die Aufschrift: Berlin Na . . . Polen Ro . . .

Am 11. November wurden weitere 7 Waggons mit demselben Inhalt befördert.

Wir fragen die deutsche Regierung, ob ihr von diesen Munitionstransporten etwas bekannt ist? Wir fragen weiterhin, ob sie sich dessen bewußt ist, daß sie durch Lieferung jener Munition, oder durch nicht verhinderte Lieferung von Munition an Polen Neutralitätsverletzung gegen Sowjet-Rußland begeht?

Wir möchten der Regierung zu bedenken geben, daß bei etwaigen aus derartigen Verletzungen sich vielleicht ergebenden Konflikten mit Sowjet-Rußland die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands für Sowjet-Rußland und gegen das deutsche Kapitalistenpartei nehmen würde.

Grundzüge kommunistischer Politik

III.

Die Bedingungen der westeuropäischen Revolution

Der 2. Kongreß der III. Internationale hat Richtlinien aufgestellt, deren praktische Anwendung die Schablonisierung der Klassenkampfes und seiner Methoden, also eine gänzlich unmarxistische, d. h. unhistorische Behandlung der brennenden Probleme der Weltrevolution bedeuten würde. Die Unterschiede zwischen der russischen und der westeuropäischen Revolution sind so tiefgehend, daß man ohne weiteres zu der Ueberzeugung gelangen muß, daß bei der Aufstellung seiner Richtlinien weder konkrete politische Bedingungen der russischen Sowjet-Republik als objektive auf marxistischem Denken beruhende Erkenntnis der Kampfbedingungen der westeuropäischen Arbeiterklasse maßgebend gewesen sind. Und doch vermag nur die konsequente Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse Westeuropas zu Gegenstand und Ziel unser proletarischen Revolution den Weg zu bahnen. Wie unser holländischer Genosse Hermann Gorter in seinem „Offenen Brief an Lenin" und Anton Pannekoek in der Schrift „Weltrevolution und kommunistische Taktik" ausführlich gezeigt haben, in die Aufrichtung unserer Theorie von den Gesetzen der westeuropäischen Revolution in Deutschland auf die mannigfaltige westeuropäische Gegenstände gestützen und, das [illegible] Im Detail werden, die gleichzeitig unter Berufung auf die [illegible] bestehenden der westeuropäischen Verhältnisse zur Ablehnung der Moskauer Thesen gelangt sind. Für diese Kreise, die heute und sondern ihrem unserem Wesen nach zur II. Internationale gehören, sind nicht die Moskauer der westeuropäischen Revolution das entscheidende, das sie zur III. Internationale in Gegensatz [illegible] Kampf, sondern die Gesetze der proletarischen Revolution zu verteidigen. Wie aber Marxisten vom Standpunkt der proletarischen Revolution und aus in ihrem Interesse gegen die Politik der III. Internationale, weil sie ihrer Wirkungen nach den Opportunismus der Spartakus-Leute und ihrer Gesinnungsgenossen in den äußeren Ländern [illegible], unterläßig und zu neuen Schwächen herausfordert. Das muß immer wieder betont werden, gegenüber den [illegible] Manövern einer Offenbarung und seiner Trabanten, unsere gegen sie in Moskau [illegible] Argumente als Argumente für den bestehenden KPD.-Opportunismus zu gebrauchen.

Was die westeuropäische Gesamtsituation von der in Rußland unterscheidet, ist einmal die Tatsache, daß Westeuropa [illegible] jahrhundertelangem, wirtschaftlich hoch kultiviertem, politisch ebenso hoch entwickeltem und geistig das geistesfrischste [illegible] Kapitalismus aufgewachsen hat, während Rußland beim Sturz der bolschewistischen Revolution erst am Anfange der kapitalistischen Entwicklung steht. Der jahrhundertelange Bestand der kapitalistischen Wirtschaftsform in den westlichen Ländern bedeutet gleichzeitig die politische Herrschaft der Kapitalistenklasse. Man weiß sich [illegible] daß der Kampf um das Parlament in England bereits im 13. Jahrhundert einsetzt, und daß dieser Kampf um die Mitte des 17. Jahrhunderts abgeschlossen ist; es wird man ermessen können, was diese historische Tatsache allein schon bedeutet für die ganz anders geartete politisch-soziale Entwicklung Westeuropas [illegible] Rußland. Der [illegible] Genosse Hermann Gorter in seinem [illegible] Brief an Lenin [illegible] und russischen Revolution [illegible] daß die Bedingungen zur Macht gelangen und diese Macht behaupten können, weil sie die Hilfe der breiten Bauernmassen [illegible] und sie sich [illegible] Arbeiterklasse [illegible] Bauern [illegible] Kleinbürgertum [illegible] Bauernmassen [illegible] Bauern [illegible] Kleinbürgertum [illegible] Bauern [illegible] Kleinbürgertum [illegible] Bauern [illegible] Kleinbürgertum